

Anna Wrobel

Entwicklung der österreichischen „Ostförderung“
in den 1990er Jahren am Beispiel Slowakei

Forschungsseminar Archive des Helfens? Die Neuzeit der
österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Studienjahr 2015,

Wien 2016

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung – Kontext Erläuterung	3
2. Österreichische Ostförderung	5
2.1 Das Bundeskanzleramt (1989-2000).....	5
2.2. Das Außenministerium (2000-2003)	8
3. Beispiel Slowakei	9
4. Projekte	10
4.1 Öffentliche Verwaltung, Demokratie & Menschenrechte.....	10
4.2 Sektor Arbeit & Soziales.....	13
4.3 SektorUmwelt/Energie.....	17
4.4 Wissenschaft, Bildung und Kultur.....	19
5. Fazit.....	23
Bibliographie.....	26
Abkürzungsverzeichnis:.....	28

1. Einleitung – Kontext Erläuterung

Nach dem Zerfall der kommunistischen Regime wurde eine politische und wirtschaftliche Transformation des ehemaligen Ostblocks in Gang gesetzt. Die Änderung des Systems der osteuropäischen Staaten wurde durch den „Westen“ enthusiastisch begrüßt und schon von Anfang an intensiv unterstützt. In diesem historischen Kontext ist der Beginn der österreichischen Ostzusammenarbeit zu verstehen.

Die Entstehung der Osthilfe oder Ostförderung ist auf das Jahr 1989 zurückzuführen. In diesem Jahr wurde eine erste Förderung den Staaten während des G7 Gipfels in Paris vergeben. Das Hilfsprogramm der Europäische Union PHARE war zunächst nur für Polen und Ungarn bestimmt und nahm sich zum Ziel, die wirtschaftliche Umstrukturierung in den beiden Ländern zu unterstützen. Im Laufe der Zeit wurde die Gruppe der PHARE Empfänger systematisch ausgeweitet und in Kürze umfasste sie alle Beitrittskandidaten der EU.

Daneben wurde im Jahr 1991 ein neuer Unterstützungsmechanismus – TACIS - für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion gegründet, um die neuen internationalen Entwicklungen zu festigen. Die ehemaligen realsozialistischen Länder hatten vorerst ein großes Interesse an der Kooperation mit den westlichen Staaten, da sie sich von dem Westen die Hilfe für den Aufbau der eigenen Wirtschaft erwarteten.

Die Länder der Osthilfe Empfänger wurden nach geografischen Regionen oder historischen Kontexten zugeordnet. So entstanden drei Gruppen:

1. MOEL (Mittel- und Osteuropäische Staaten),
2. Südosteuropa, und
3. NUS (Neue Unabhängige Staaten, die Nachfolger der UdSSR).

Als einer der wichtigsten Akteure der Ostzusammenarbeit gilt die *Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung* (EBRD), die im Jahr 1991 mit Sitz in London gegründet wurde. Die EBRD beteiligte sich als ein großer Investor in den MOEL und NUS Staaten.¹

Ebenso war das *Development Assistance Committee* (DAC) in diesem Feld aktiv tätig. Ab dem Jahr 1993 gehörten die Transformationsländer zu dem zweiten Teil der Liste des DAC und hatten damit Anspruch auf OA (*Official Aid*) und OOA (*Other*

¹ <http://www.ebrd.com/home>

Official Assistance) Leistungen.

Die Ostförderung wurde lange als eigenständiger Bereich der EZA angesehen und setzte sich zum Ziel, sowohl die Reformprozesse in den realsozialistischen Staaten als auch die Entwicklung marktwirtschaftlicher und demokratischer Strukturen in den Transformationsländern zu stärken. Durch Leistungen wie Wirtschaftshilfe, Finanzhilfe als auch Technische Hilfe und Humanitäre Hilfe sollte die Transformation von einer Plan- zu einer leistungsfähigen Marktwirtschaft unterstützt werden.²

In meiner Arbeit möchte ich mich allgemein mit der Österreichischen Osthilfe beschäftigen, und dann konkret das Beispiel der Zusammenarbeit Österreichs mit der Slowakei darstellen. Letztlich, soll die Frage über den genauen Inhalt der Projekte, welche die österreichische Ostförderung in der Slowakei im Zeitraum 1990-2003 unterstützt hat, beantwortet werden.

² Vgl. Federal Ministry for Foreign Affairs, Bilateral Assistance Programme for the Central and Eastern Europe Countries (CEEC) and the Newly Independent States (NIS), Strategy Paper-2000/2001, S. 2

2. Österreichische Ostförderung

Leistungen an die MOEL und die NUS spielten eine wichtige Rolle in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Österreich unterstützte ab Anfang der neunziger Jahre hatte die Reformländer erheblich.

Aufgrund ihrer geografischen Lage und Geschichte hat die Republik ein besonderes außen-, sicherheits-, und wirtschaftspolitisches Interesse an einer stabilen Entwicklung der zentral- und osteuropäische Reformländer und der NUS Staaten.³

Österreich verbindet mit der Region Ost/Süd Europa nicht nur eine gemeinsame Grenze mit manchen ehemaligen realsozialistischen Staaten, sondern hat auch jahrhundertlange enge politische Beziehungen mit diesem Raum. Ebenso trug kultureller und wirtschaftlicher Austausch zur Herausbildung der gemeinsamen Mentalitäten bei, welche zum Teil noch heute über die Grenzen der heutigen Nationalstaaten hinaus wirken.

Diese jahrelang andauernden Beziehungen erleichterten den ehemaligen kommunistischen Staaten nach dem Systemwechsel internationale Beziehungen und Verknüpfungen in kurzer Zeit neu zu definieren.

Der Bruch des kommunistischen Regimes brachte eine Erweiterung der Marktwirtschaft in Europa. Neue (ungesättigte) Märkte boten eine Möglichkeit für Investitionen.

Demzufolge konnte Österreich aufgrund seiner geografischen Nähe vor allem in den ersten Jahren nach der Wende bedeutsam profitieren. Der Handel und die Investitionen Österreichs in Osteuropa nahmen in den ersten Jahren nach 1990 markant zu. Ebenso wurde früh erkannt, dass Österreich bei Investitionen und Exporten wegen seiner historischen Erfahrungen und seiner Kenntnisse über diesen Raum einen Vorsprung gegenüber anderen westlichen Ländern hatte.

2.1 Das Bundeskanzleramt (1989-2000)

Das Bundeskanzleramt spielte in der öffentlichen Ostförderung eine zentrale Rolle. Zwischen 1988 und 2000 war es für die Koordinierung und Dokumentation der öffentlichen Förderung für Ost/Südosteuropa zuständig. Außerdem wurde im Jahr

³ Vgl. Federal Ministry for Foreign Affairs, Bilateral Assistance Programme for the Central and Eastern Europe Countries (CEEC) and the Newly Independent States (NIS), Strategy Paper-2000/2001, S. 2

1993 eine eigene Abteilung im Bundeskanzleramt eingerichtet, welche für Hilfsmaßnahmen für Osteuropa verantwortlich war. Diese Abteilung galt als die Koordinationsstelle für öffentliche Gelder. Zudem lag ihre Befugnis in der Formulierung der programmatischen Grundlagen, Ziele und Leitlinien sowie bei der Verwaltung des Kernbereichs der Programme und Projekte. Die ausgearbeiteten Konzepte erschienen in der Regel im Abstand von zwei Jahren.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass zwischen 1988 und 1993 die Vergabe der Hilfsmittel ohne große Planung lief. Erst nach der Empfehlung des österreichischen Rechnungshofes im Jahr 1993 formulierte das Bundeskanzleramt sein erstes Konzept zur „Zusammenarbeit in Osteuropa“. Dem folgten die Konzepte aus dem Jahr 1995 und 1997, welche sich von den vorigen in Form und Inhalt unterscheiden. Im Vergleich zu den späteren Konzepten schloss das erste die gesamten Veränderungen auf gesetzlicher und verwaltungstechnischer Ebene mit ein. Die darauffolgenden Konzepte waren demgegenüber mehr auf die programmatischen Zielsetzungen ausgerichtet.

Die bilaterale Programm- und Projekthilfe des Bundeskanzleramts und Außerministeriums, die im Rahmen der Ostförderung vergeben wurde, wird seit dem Jahr 1996 als Ostzusammenarbeit bezeichnet. Sie ist als Kern der öffentlichen Unterstützung Österreichs für ost- und südosteuropäische Länder zu verstehen.

Die geografischen Schwerpunkte der österreichischen Ostzusammenarbeit, die vom Bundeskanzleramt definiert wurden, unterlagen Änderungen. Zuerst gab es ein „Kreismodell“, welches die Schwerpunktsetzung der österreichischen OZA beschrieb. Im ersten Kreis befanden sich die Nachbarländerstaaten: Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Demgemäß sollte die österreichische Ostzusammenarbeit in erster Linie die Unterstützung für diese Länder leisten. Der zweite Kreis umfasste die anderen osteuropäischen Länder. Die dritte Gruppe bildeten die ehemaligen Sowjetrepubliken und die Mongolei.⁴

Nach dem EU-Beitritt Österreichs, vor allem ab dem Jahr 1998, änderten sich die Prioritäten der Ostförderung. Die Länder wurden in zwei Gruppen aufgeteilt - entsprechend ihren bisherigen Reformfortschritten und der damaligen Situation in den Ländern. Die erste Gruppe bestand aus den MOEL Staaten mit dem Europaabkommen. In diesen Ländern wurden die Heranführungsprozesse

⁴ 4 Bundeskanzleramt: Zusammenarbeit mit Osteuropa 1993. 4., nach. Günther (2007), S. 20

unterstützt. Die Staaten der ersten Gruppe zeichneten sich dadurch aus, dass sie einen großen Teil des Reformprozesses bereits durchlaufen hatten und sich im Wirtschaftsniveau und in der Wirtschaftsverfassung den westlichen Ländern näherten. Innerhalb dieser Gruppe kam es zu einer Schwerpunktbildung, wonach eine intensive Kooperation mit den Staaten, die nicht an den ersten Runden der Beitrittsverhandlungen teilnahmen (nämlich Bulgarien, Rumänien und die Slowakei) geplant wurde.

Die zweite Gruppe, die sogenannten *Sonstigen Reformstaaten*, bestand aus dem Kreis der Reformländer, welche sich noch in den ersten Phasen des Transformationsprozesses befanden. Darunter standen Albanien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien im Zentrum des österreichischen Interesses. Im Jahr 1998 kam es demzufolge zu einer Verlagerung der Schwerpunktsetzung für die Ostförderung von den direkten Nachbarstaaten Österreichs zu den Ländern Südosteuropas.⁵

Neben den geografischen Schwerpunktregionen schrieben die durch das Bundeskanzleramt entwickelten Konzepte auch eine thematische Fokussierung vor. Anfänglich gehörten zu den sachlichen Schwerpunkten Tätigkeiten im Bereich der wirtschaftlichen Beratung, humanitäre Hilfe, Leistungen im Rahmen des Aufbaus einer öffentlichen Verwaltungsstruktur oder von Institutionen, die Unterstützung der Steigerung der Produktivität des privaten Sektors und letztlich die Förderung der regionalen Entwicklung. Mit dem Zeitverlauf sind einige Änderungen aufgetreten. Mit Rücksicht auf das in Österreich vorhandene spezifische Know-how als auch das vorhandene Interesse wurden im Jahr 1997 Energie, Umwelt, Wasserver- und Wasserentsorgung sowie Arbeit und Soziales und Öffentlichen Verwaltung zu neuen sachlichen Schwerpunkten der OZA.

Die öffentliche Ostförderung Österreichs orientierte sich an den durch das Bundeskanzleramt festgelegten Zielen. Laut den Sonderrichtlinien des Bundeskanzleramtes (BKA) für die Gewährung von Förderungen in den Zentral- und Osteuropäischen Reformstaaten und den Neuen Unabhängigen Staaten⁶, sollte zunächst die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zusammen mit freier Marktwirtschaft durch Österreich unterstützt werden. Demzufolge wurde die

⁵ Vgl. Günther (2007), S. 21

⁶ Sonderrichtlinien des Bundeskanzleramtes vom 1. Juli 1994 für die Gewährung von Förderungen in den Zentral- und Osteuropäischen Reformstaaten und den Neuen und Unabhängigen Staaten, GZ 790.623/210- VI/1/94

Förderung einer stabilen offenen Marktwirtschaft in Ost/Mittel Europa angestrebt. Von großer Bedeutung war somit die Etablierung einer Wirtschaftskooperation mit den Ländern Ost/Südeuropas.

Des Weiteren standen die Förderung der Demokratisierung und *Peace-Keeping* sowie der Schutz von Menschen- und Minderheitsrechten im Zentrum des Interesses. Diese Ziele reflektieren den Wunsch Österreichs nach Sicherheit und Stabilität in Europa, insbesondere in den Ländern der unmittelbaren Nachbarschaft.

2.2. Das Außenministerium (2000-2003)

Seit 2000 ist das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten für die Konzepte der Ostförderung zuständig.

Die vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten erarbeiteten Programme unterscheiden sich sehr wenig von den bisherigen Konzepten des Bundeskanzleramts. Im Mittelpunkt der Kooperation stand nach wie vor die bilaterale Ostzusammenarbeit. Die geografische Aufteilung blieb unverändert: (1.) MOEL mit Beitrittspartnerschaft und (2.) Sonstige Länder. Kleine Änderungen treten jedoch im Bezug auf die geografische Schwerpunktsetzung auf. Innerhalb der ersten Gruppe (MOEL mit Beitrittspartnerschaft) blieben nur Bulgarien und Rumänien noch als Schwerpunktländer. Bei den Sonstigen Staaten kamen die Länder Mazedonien, Kroatien sowie Serbien & Montenegro, Bosnien & Herzegowina und Albanien dazu.

Die sachlichen Schwerpunkte des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten eränderten sich ebenso nicht wesentlich. Sektoren wie Umwelt (mit den Schwerpunkten Wasser und Energie), Bildung & Jugend, Arbeit & Soziales und Öffentliche Verwaltung, Demokratie & Menschenrechte standen weiterhin im Fokus der Ostförderung.

3. Beispiel Slowakei

Die heutige Republik Slowakei ist seit dem Jahr 1993 ein unabhängiger Staat.

Nach dem 2. Weltkrieg gerieten die Gebiete der heutigen Slowakei in die sowjetische Einflussosphäre. Im Jahr 1960 wurde eine Verfassung verabschiedet, welche die sozialistischen Strukturen in der Tschechoslowakei verfestigte. Damit wurde die Tschechoslowakische Sozialistische Republik offiziell zum sozialistischen Staat erklärt.

Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik bestand in dieser Form bis zum Jahr 1989. Der Systemwechsel wurde durch die sogenannte *Samtene Revolution* bewerkstelligt, die den Prozess der Demokratisierung und die Transformation zur Marktwirtschaft initiierte.

Im Frühjahr 1990 wurde ein Verfassungsgesetz verabschiedet, welches die Änderung der Benennung des Staates in die Tschechische und Slowakische Föderative Republik vorsah. Ebenso fanden im selben Jahr in der ČSFR freie Wahlen statt.

In Folge der Wahlen verabschiedete der slowakische Nationalrat 1992 eine Deklaration über die Souveränität der Slowakischen Republik. Kurz danach einigten sich die politischen Vertretungen der Republik auf die Teilung des Staates. Die Verfassung der Slowakischen Republik wurde noch im gleichen Jahr verabschiedet und unterzeichnet. Die offizielle Teilung erfolgte mit dem Beginn des kommenden Jahres (1.1.1993). Aus der ČSFR entstanden zwei unabhängige Staaten: Slowakei und Tschechien.⁷

Nach der Teilung war die junge Republik Slowakei mit vielen Problemen konfrontiert, welche aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Transformation entstanden waren.

⁷ Vgl. Vodička 2004

4. Projekte

Zwischen den Jahren 1989 und 2000 wurden der Slowakei im Rahmen der Ostzusammenarbeit ca. 40 Mio. Schilling an Auszahlungen gewährt. Die Zusammenarbeit konzentrierte sich in diesem Zeitraum auf die Sektoren Energie, Arbeit und Soziales sowie Verwaltungsstruktur (Europäische Integration).⁸ Umwelt und Sicherheit waren ebenso im Zentrum des Interesses. Es war für Österreich von großer Bedeutung in den Themenbereichen Umweltverschmutzung oder grenzüberschreitende organisierte Kriminalität mit den Nachbarländern eng zu kooperieren.

Im Rahmen der Ostzusammenarbeit mit der Slowakei wurden jene Programme gefördert, die immaterielle Leistungen zum Inhalt hatten, welche der marktwirtschaftlichen, demokratischen und sozialen Entwicklungen dienten.

Die durchschnittliche Dauer von Projekten in der Slowakei betrug 2-3 Jahre. Die Zusammenarbeit im Rahmen der Ostförderung mit der Slowakei wurde von Anfang an nur als eine temporäre Aktivität (wegen Beitritts der Slowakei zur EU) gesehen.

4.1 Öffentliche Verwaltung, Demokratie & Menschenrechte

Wie bereits erwähnt leistete Österreich den Mittel- und Ost-Europäischen Staaten Hilfe bei der Bewältigung der Transformationsprozesse und bei der Annäherung an der Europäische Union.

Im Fall der Slowakei handelte es sich dabei um folgende Projekte:

Wirtschaftspolitisches Consulting (1992):

Die Länder der Zentral- und Osteuropa orientierten sich während des Übergangs zur Marktwirtschaft an den Erfahrungen „westlicher“ Länder. Aufgrund dessen entschied sich die Republik Österreich, die gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Erfahrungen der österreichischen Wirtschaftspolitik für wirtschaftspolitische Reformen in zentral- und osteuropäischen Staaten verfügbar zu machen. Im Rahmen des Projekts „Wirtschaftspolitisches Consulting“ sollte eine Arbeitsgemeinschaft *Austrian*

⁸ Vgl. Steiner /Gruber (2000), S. 2

Economic Policy Consulting entstehen, welche sich aus den folgenden drei Instituten zusammensetzte: das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, das Institut für Höhere Studien und das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche.

Die Arbeitsgemeinschaft *Austrian Economic Policy* wurde dann beauftragt die Abwicklung des Projekts durchzuführen.⁹

Vorbereitung der Städte und Gemeinde auf den EU Beitritt CEEC-LOGON

Der Österreichische Städtebund initiierte dieses Projekt im Jahr 1999 in den 10 MOEL Staaten, darunter in der Slowakei. Es wurde gemeinsam mit der EU finanziert und setzte sich zum Ziel, die Städte und Gemeinden in den MOEL auf die Auswirkungen eines EU-Beitritts vorzubereiten und die in Österreich vorhandenen Erfahrungen auf kommunal- und regionalpolitischer Ebene zu vermitteln.

Österreich stieß darüber hinaus andere Maßnahmen an, die die Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung und Angleichung an EU-Standards zum Ziel hatten. Darunter waren die Schulung öffentlich Bediensteter in Fragen des EU-Gemeinschaftsrechts, die Ausbildung von Zollbeamten, die Beteiligung an der Aus- und Weiterbildung von Justizbeamten und die Ausbildung von Nachwuchskräften durch das österreichische Patentamt. Darüber hinaus wurden an der Diplomatischen Akademie, an der Verwaltungsakademie des Bundes und in der Österreichischen Nationalbank Ausbildungsseminare für die MOEL organisiert.¹⁰

„Know-How-Transfer Centre (KTC) beim Österreichischen Städtebund

Das Projekt zielte auf den Transfer von Know-How, das in Österreich auf Ebene des Bundes, der Länder, der Städte und Gemeinden, Universitäten, gewerkschaftlicher Unternehmen etc. vorhanden war, für Beamte, Entscheidungsträger und Experten in den MOEL und NUS Staaten. Diese Übertragung fand in Form von Seminaren, Studienaufenthalten, Beratungen und mittels Studien und Expertisen statt.¹¹

Die Kooperation zwischen dem Österreichischen Städtebund und Partnern in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern bestand seit dem Fall des Eisernen Vorhanges.

⁹ Vgl. Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Wirtschaftliches Consulting Österreichs für Osteuropa, 1992

¹⁰ Vgl. Steiner /Gruber (2000), S. 3

¹¹ Vgl. Steiner /Gruber (2000), S. 4

Diese Zusammenarbeit machte den Städtebund und das 1992 gegründete *Know-how-Transfer-Center* zu einer der bedeutendsten österreichischen Kontaktstellen für Städte und Gemeinden in den neuen Demokratien.

In der früheren Phase der Kooperation lag der Fokus insbesondere auf Informationsveranstaltungen für mittlere und größere Gruppen politischer Entscheidungsträger lokaler und regionaler Gebietskörperschaften, und zwar hauptsächlich aus den östlichen Nachbarländern. Außerdem besuchten im Rahmen der Erfahrungs- und Informationsaustauschprogramme zahlreiche Delegationen aus der Tschechischen und Slowakischen Republik sowie aus Ungarn und Slowenien die Bundeshauptstadt Wien und andere Mitgliedsgemeinden des Städtebundes.

Als Ziel der Zusammenarbeit galt die Unterstützung der Mittel- und Osteuropäischen Reformländer (MOEL) auf lokaler und regionaler Ebene in der Phase ihrer gesellschaftspolitischen, ökonomischen und ökologischen Veränderungsprozesse. Darüber hinaus wurden zweckorientierte Entsendungen österreichischer Experten (Beratungstätigkeiten) als auch fachspezifisch ausgerichtete Studienaufenthalte (Schulungsprogramme, Hospitationen etc.) kleinerer Gruppen und Einzelpersonen finanziert. Ebenso bestand die Zusammenarbeit aus der selektiven Teilnahme von Fachpolitikern und -beamten an in Österreich stattfindenden internationalen Konferenzen.¹²

Die Beschlussfassung des Ministerrates (14. Jänner 1992) enthielt folgende Aufgaben der KTC:

„... den Reformstaaten den Zugang zu westlichem Know-how gewähren bzw. dieses Know-how, das in Österreich auf Ebene des Bundes, der Länder, der Städte, der Gemeinden, gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen, Institutionen und Universitäten vorhanden ist, Entscheidungsträgern, Beamten und Fachleuten in den zentral- und osteuropäischen Reformstaaten über Seminare, Schulungen, Beraterentsendungen, Expertisen, Studien usw. zu vermitteln.“

European Forum for Democracy and Solidarity (1998/1999/2000)

Zu den Inhalten dieses Projektes gehörten das *Post-election Training* für Parlamentarier aus Tschechien, Slowakei und Bosnien, der Dialog zwischen EU- und Beitrittsländern zur Vorbereitung auf EU-Mitgliedschaft, die Abhaltung der Roma-

¹² Vgl. Know-how-Transfer-Center: Kommunales Spezialwissen für Zentral- und Südosteuropa <http://www.staedtebund.gv.at/gemeindezeitung/oegz-beitraege/oegz-beitraege-details/artikel/know-how-transfer-center-kommunales-spezialwissen-fuer-zentral-und-suedosteuropa.html>

Konferenz in Prag sowie die Ausbildung von Jugend der Gewerkschaften und demokratischen Parteien¹³

4.2 Sektor Arbeit & Soziales

In den frühen 1990er-Jahren hatten die mittel- und osteuropäischen Staaten mit ökonomischen Problemen zu kämpfen. Diese waren eng mit der Systemtransformation verbunden. Dadurch entstand eine große und akute Gefahr einer ökonomischen Destabilisierung der Region, und demzufolge Angst um die Abwanderung von Betrieben und Lohndruck auf Arbeitsmärkte.

Die Republik Österreich hatte deswegen ein großes sicherheitspolitisches und wirtschaftliches Interesse, vor allem die Nachbarländer bei der Bewältigung des Strukturwandels und bei dem sogenannten Prozess der „nachholender Entwicklung“ zu unterstützen.

Im Mittelpunkt der Unterstützungsmaßnahmen Österreichs im wirtschaftlichen Sektor stand das Ziel, die Arbeitsmärkte in den Mittel- und Osteuropäischen Staaten zu stabilisieren sowie die Beschäftigungschancen vor Ort zu sichern und zu erhöhen. Es wurden mehrere Impulsprojekte zur Schaffung lokaler Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten durchgeführt, sowie Klein- und Mittelbetriebe unterstützt. Darüberhinaus, beteiligte sich die Republik Österreich an Regionalentwicklungs- und Existenzgründungsprogrammen sowie an der Unterstützung der lokalen Arbeitsmarktverwaltungen beim Aufbau von Organisationsstrukturen sowie der Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern.¹⁴

Im Fall der Slowakei handelte es sich dabei um folgende Projekte:

Beschäftigung Rimavská Sobota

Der Bezirk Rimavská Sobota gehört zu den ärmsten Regionen der Slowakei. Die Region kämpft seit den 1990er Jahren mit einer massiven Arbeitslosigkeit. Diese war eine Folge des Zusammenbruches der aus der kommunistischen Zeit stammenden Industrien. Die genaue Zahl der Arbeitslosen schwankt, man kann jedoch grob feststellen, dass rund um 30% der Bevölkerung ohne Beschäftigung waren und sind.

¹³ Vgl. Steiner/Gruber (2000), S. 4

¹⁴ Vgl. Rosar (2002), S.10

Darüber hinaus, sehen die Perspektiven für die Zukunft nicht gut aus. Die Region schafft es nicht, neue Investoren anzulocken, da die Verkehrsinfrastruktur in der Region sehr schlecht ausgebaut ist. Ebenso ist eine große Auswanderungsquote der ausgebildeten Bevölkerung zu beobachten, welche in Bratislava oder im Ausland Beschäftigung sucht.

Das Projekt „Beratung bei der Entwicklung und Umsetzung eines Programms zur Beschäftigungsentwicklung in der Region Rimavska Sobota“ wurde in den Jahren 1994 und 1995 durchgeführt. Es handelte sich hier vor allem um Strategie- und Umsetzungsberatung. Dafür sollten die regionalen Beratungseinrichtungen für Unternehmensgründer ausgebaut und die Qualifizierung der Gründungsberater unterstützt werden. Weiters sollte eine regionale Arbeitsstiftung vorbereitet, sowie Maßnahmen und Modellprojekte zur Beschäftigungsförderung und Armutsbekämpfung für arbeitsmarktpolitische Problemgruppen (z.B. Roma) unterstützt werden. Darüberhinaus, fand eine Beratung für das Arbeitsamt Rimavska Sobota statt.¹⁵

ZTS- Arbeitsstiftung Martin

Im Fall des Projekts „ZTS-Arbeitsstiftung Martin“ handelt es sich um eine Unterstützung des Modellprojektes, die in der Bereitstellung von Beratungs- und Ausbildungsleistungen zwischen den Jahren 1993 und 1995 gewährleistet wurde. Das Projekt verlief in enger Kooperation mit dem ZTS TEES *štátny podnik Martin*, Gewerkschaftsverein bei ZTS Martin, Arbeitsamt Martin und Ministerium für Arbeit, Soziales und Familie der Slowakischen Republik.

Konkret beteiligte sich Österreich im Rahmen der bilateralen Osthilfe bei diesem Projekt an zwei Haupttätigkeiten:

Die erste Aktivität war die Beratung bei der Umsetzung des Stiftungskonzeptes für das Schwermaschinenbau- und Rüstungsunternehmen ZTS TEE Martin. Hier wurden unter anderen die Organisationsberatung, die Beratung des Stiftungsmanagements und des Vorstands der Stiftung bei der Gestaltung der Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt, dem slowakischen Arbeitsministerium und dem PHARE-Programm, die Beratung bei der Informations- und

¹⁵ Vgl. Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Beratung bei der Entwicklung und Umsetzung eines Programms zur Beschäftigungsentwicklung in der Region Rimavska Sobota“, 1993

Öffentlichkeitsarbeit als auch bei der Weiterentwicklung des Stiftungskonzeptes und der Evaluierung der Auswirkungen der Stiftung durchgeführt.

Neben den Beratungsaktivitäten stand die Ausbildung der Berufsorientierungstrainer im Zentrum der Tätigkeiten. Die Ausbildung sollte durch Organisation unterschiedlicher Kurse gefördert werden. Hier sind der Einführungskurs in Martin, der Vertiefungskurs, die Vorbereitung und Planung des ersten Berufsorientierungskurses als auch die Hospitation bei Trainern österreichischer Arbeitsstiftungen zu nennen.

Das Projekt ZTS-Arbeitsstiftung wurde durch das Bundeskanzleramt finanziell unterstützt. Ebenso bekam das Projekt Mittel aus dem EG Programm PHARE. Dennoch leisteten die ZTS-Arbeitsstiftung und das slowakische Arbeitsministerium den höchsten finanziellen Beitrag für das Projekt.¹⁶

Tourismusedwicklungskonzept

Im Jahr 1993 ersuchte das Institut für Tourismus AG der Republik Slowakei die Republik Österreich um die Erstellung eines Entwicklungskonzeptes für den Tourismus in der Slowakei. Dieses Konzept sollte unter der Leitung der österreichischen Expertengruppe entstehen.

Die Ostzusammenarbeit beauftragte das österreichische, international agierende, Consultingunternehmen *ATC-Austrian Tourism Consultants* mit der Ausarbeitung eines Entwurfs. Die Finanzierung des Projekts erfolgte durch das Bundeskanzleramt. Dennoch wurden die Kosten der mitwirkenden slowakischen Fachleute durch die Slowakei getragen.

Im darauffolgenden Jahr (1994) beteiligte sich Österreich an der Erstellung eines Tourismusedwicklungsprogramms für die Hohe Tatra. Die Kooperation sah eine 30-monatige Begleitung vor; in dieser Zeit sollte das ganzheitliche touristische Entwicklungsprogramm erarbeitet werden. Ebenso war die Unterstützung beim Aufbau einer Tourismusorganisation geplant.

Die erwähnten Beratungsleistungen umfassten 5 Bereiche: Situationsanalyse, Leitbild / Entwicklungskonzept, Aktionsprogramm, Tourismusorganisation und Umsetzungsberatung.

¹⁶ vgl. Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „ZTS- Arbeitsstiftung Martin“, 1993

Unter Situationsanalyse ist eine Klärung der allgemeinen touristischen Entwicklungschancen des Regionalverbandes Hohe Tatra zu verstehen. Das Entwicklungskonzept umfasst die Erstellung eines Leitbildes und eines strategischen Entwicklungskonzeptes.

Im Rahmen des Aktionsplans war die Erstellung eines Aktionsprogrammes zur sukzessiven Realisierung der nötigen Maßnahmen in den verschiedenen Entwicklungsbereichen vorgesehen. Bei der Tourismusorganisation handelte es sich um den Aufbau einer lokalen Tourismusorganisation. Im Rahmen der Umsetzungsberatung sollten Entwicklungsmaßnahmen zur Nutzung der vorhandenen touristischen Entwicklungschancen entwickelt werden.¹⁷

Spitalsentwicklungskonzept

In den 1990er Jahren beteiligte sich Österreich im Rahmen der bilateralen Osthilfe ebenso an der Verbesserung von Spitalsorganisation.

Eines der ersten umgesetzten Spitalentwicklungskonzepte war dasjenige in Preßburg, welches zur Verbesserung der Versorgung der slowakischen Bevölkerung im Gesundheitsbereich beitrug. Ebenso sah das Projekt die Erstellung eines Bedarfsplans der Krankenanstalten in der Region Bratislava vor und Sanierungspläne für die Spitäler Bezrucova und Petrzalka. Diese Pläne wurden an das Ministerium für Gesundheit.¹⁸

Beratungs- und Informationszentrum für Unternehmensgründungen in Poprad, Nitra und Martin

Im Jahr 1993 wurden insgesamt drei Beratungs- und Informationszentren errichtet.

Diese sind von Inhalt und Zielsetzung sehr ähnlich. Alle drei zielten auf den Know-how Transfer zu den Mitarbeitern des Beratungszentrums ab, welcher auf drei Ebenen stattfinden sollte: auf der Ebene der Entwicklung eines unternehmerischen Verständnisses für das eigene Beratungszentrum, in der Vermittlung von Wissen aus

¹⁷ Vgl. Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Tourismusentwicklungskonzept für die Republik Slowakei“, 1993

¹⁸ Vgl. Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; CSFR, „Spitalentwicklungskonzept Preßburg“, 1992

der unternehmerischen Praxis in Österreich durch Studienreisen als auch in der Anwendungsberatung.

Die oben genannten Ziele sollten durch Informationsveranstaltungen, Qualifikationskurse für Jungunternehmen, sowie durch Weiterqualifizierung der Berater und durch die Erstellung einer Broschüre für Gründer erreicht werden. Mit der Durchführung aller drei Projekte wurde die ÖSB Unternehmensberatung GesmbH beauftragt.¹⁹

4.3 Sektor Umwelt/Energie

Im Mittelpunkt des Sektors Umwelt/Energie stand die langfristige Sicherstellung der Nachhaltigkeit der Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen, hauptsächlich durch Steigerung der Qualität und Quantität der Wasserversorgung und durch den Abbau von gesundheitsschädigenden Umwelteinflüssen. Auch in diesem Bereich war Österreich in den Reformländern tätig. Geographischer Schwerpunkt waren die unmittelbaren Nachbarn, den sachlichen Schwerpunkt bildeten Finanzierung und Know-How-Transfers bezüglich umweltgerechter Nutzung der Ressourcen, Umstieg auf umweltfreundliche Energien, Verbesserung der Wasserversorgung, Maßnahmen zur Umweltentlastung, Ökologisierung der Landwirtschaft oder Aktivierung einer alternativen Energieversorgung. Ebenso war die Einbindung der Bevölkerung durch Öffentlichkeitsarbeit und bewusstseinsbildende Maßnahmen von großer Bedeutung. Darüberhinaus wurden mehrere Umweltstudien, Umweltentlastungs- und Energiekonzepte erstellt.²⁰

Zu Beginn der Ost-Förderung standen eher die immateriellen Leistungen im Mittelpunkt, mit der Zeit wurden aber verstärkt materielle Investitionen in Kombination mit Maßnahmen zur Stärkung der lokalen Institutionen gefördert. Die Projektlaufzeit dafür lag im Schnitt zwischen zwei und drei Jahren.

¹⁹ Vgl. Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Beratungs- und Informationszentrum für Unternehmensgründungen in Nitra, 1993

²⁰ Vgl. Rosar (2002), S.10f

Im Fall der Slowakei handelte es sich dabei um folgende Projekte:

Computer für Energieberater

Das slowakische Wirtschaftsministerium ersuchte im Jahr 1994 die österreichische Bundesregierung um Unterstützung für den Aufbau befindlichen Energieberatungsstellen in der Slowakei. Die durchgeführte Aktion „Flächendeckende Energieberatung“ wurde unter der Federführung des *Energy Center Bratislava*²¹ realisiert.

In der ersten Phase wählte das slowakische Wirtschaftsministerium verschiedene Institutionen (darunter Forschungsinstitute, Planungsbüros und Energieinspektoren) aus, die als Energieberatungsstellen und als EKIS- Netzwerke²² dienen sollten. Im Anschluss wurde ein umfassendes Ausbildungsprogramm für Energieberater erstellt. Dieses Programm entstand in Zusammenarbeit von *Energy Center Bratislava* und der Slowakischen Energieinspektion und bot den ausgebildeten Energieberatern eine staatliche Lizenz zur Ausübung ihrer Beratungstätigkeit.

Die Republik Österreich verpflichtete sich im Rahmen des Projektes zum Ankauf und zur Übergabe von rund 60 Laptops an das slowakische Wirtschaftsministerium. Diese Geräte wurden jenen Energieberatern zur Verfügung gestellt, welche das Ausbildungsprogramm erfolgreich abgeschlossen hatten.

Das Projekt erhielt Finanzierung vom Bundeskanzleramt und es wurden auch finanzielle Mittel von Seiten der EU, über die Programme THERMIE und PHARE, zur Verfügung gestellt.²³

Regionales Innovationszentrum Donauland

Das Projekt wurde im Jahr 1994 initiiert und sah die Errichtung eines regionalen Innovationszentrums Donauland vor. Der regionale Gemeindeverband Donauland ersuchte die Republik Österreich um Unterstützung bei der Projektabwicklung. Österreich verpflichtete sich zu Beratungsleistungen im Umfang von 180 Beratertagen im Zeitraum von 18 Monaten.

Im Rahmen des Projektes war zuerst ein umfassendes Betriebskonzept zu erstellen.

²¹ Das *Energy Center Bratislava* wurde vom oberösterreichischen Energiesparverband aufgebaut

²² *Centra Energetické konzultačné a informačné*

²³ Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Computer für Energieberater“, 1994

Dieses Betriebskonzept sollte die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für das Projekt darstellen. In der Umsetzungsphase wurde ein begleitendes Coaching für das Management des Regionalen Innovationszentrums Donauland durch den österreichischen Projektabwickler durchgeführt.²⁴

4.4 Wissenschaft, Bildung und Kultur

Im Rahmen der Ostförderung unterstützte Österreich die Reformstaaten auch im Bereich Wissenschaft, Bildung und Kultur. Die Vielfalt an Kooperationen und Maßnahmen wurde in Zusammenarbeit mit eigens geschaffenen österreichischen Initiativen abgewickelt. Als Beispiel kann der Ausbau des schon in kommunistischen Zeiten vorhandenen Netzwerkes von Kulturinstituten durch das BMAA erwähnt werden. In den Jahren nach der Öffnung der Ostgrenze ist die Zahl der mit Kulturarbeit beschäftigten Bediensteten des Außenamtes in Mittel- und Osteuropa markant angestiegen. Es wurden neue Kulturforen geschaffen, darunter in Belgrad, Bratislava, Budapest, Bukarest, Krakau, Ljubljana, Prag, Warschau und Zagreb. Diese Foren trugen dazu bei, dass die Projektstätigkeit in Mittel- und Osteuropa zusammen mit lokalen Partnern bedeutend intensiviert werden konnte.²⁵

Österreich förderte außerdem die Einrichtung von mehreren Bibliotheken in MOEL Staaten und unterstützte weitere Maßnahmen im Bereich von Wissenschaft, Bildung und Kultur, ausgehend von der Entsendung österreichischer Lektoren, über Finanzierung von Sprach-, Aus- und Weiterbildungskursen für Kulturfachleute, Lehrpersonal oder Künstler bis hin zur Verbesserung der Infrastruktur für diverse Bildungs- bzw. Kultureinrichtungen in den MOEL.

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK) war in diesem Sektor aktiv beteiligt. Dies geschah durch intensive Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen. Dieses Engagement realisierte eine Vielzahl von Austauschprogrammen für Schüler, Studenten, Lehrer und Professoren oder schuf Angebote von Stipendienplätzen für Studenten und Jungakademiker aus den MOEL.

²⁴ Vgl. Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Regionales Innovationszentrum Donauland“, 1994

²⁵ Vgl. Rosar (2002), S.11

Im Fall der Slowakei handelte es sich dabei um folgende Projekte:

Academia Istropolitana Nova – Professional Program in Applied Economics

Im Jahr 1994 stellte die *Academia Istropolitana* ein Ansuchen um österreichische Unterstützung bei der Ausbildung von Verwaltungsbeamten in Form einer Zusammenarbeit der *Academia* und der Verwaltungsakademie des Bundes. Im Rahmen des Projekts „Kooperation *Academia Istropolitana* Bratislava - Verwaltungsakademie des Bundes 1994“ wurden mehrere konkrete Maßnahmen geplant und durchgeführt. Dazu gehörte die Unterstützung einer Konferenz über die Förderung der internationalen Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsakademien in Osteuropa sowie eine Durchführung von Seminaren, welche sich mit dem Projekt- und Reformmanagement im öffentlichen Sektor, der Selbstverwaltung, dem österreichischen Verwaltungssystem, sowie der Kosten-Nutzen Analyse auseinandersetzen. Darüberhinaus wurden Verwaltungspraktika in Österreich organisiert.²⁶

Im Zeitraum von 1997 bis 1999 wurde die *Academia* ebenso bei dem Aufbau ihrer Bibliothek unterstützt. Dazu wurden in den Jahren 1998 und 1999, 2000 und 2001 Stipendien für Ökonomen aus den MOEL und NUS Staaten finanziert, welche die Fortbildung von qualifizierten Ökonomen aus dem Bereich Verwaltung, Universitäten und Banken aus den MOEL und NUS Staaten an der *Academia Istropolitana Nova* ermöglichten.²⁷

4.5 Zusammenarbeit im Rahmen des Twinning Programmes der EU

In Folge der Prüfung der EU-Kandidaten im Jahr 1997 stellte die Europäische Kommission bei mehreren osteuropäischen Beitrittskandidaten (darunter Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechen und Ungarn) zahlreiche Schwächen in der öffentlichen Verwaltung fest. Infolgedessen wurde entschieden, der Unterstützung beim Aufbau der öffentlichen Verwaltung mehr Bedeutung einzuräumen, da diese Entwicklung als entscheidend für das Gelingen des Heranführungsprozesses angesehen wurde. Es wurde beschlossen,

²⁶ Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Kooperation *Academia Istropolitana* Bratislava- Verwaltungsakademie des Bundes 1994“, 1993

²⁷ Vgl. Steiner /Gruber (2000), S. 5

jährlich ca. 1/3 der Gelder des EU/PHARE Programm für den Institutionenaufbau einzusetzen.

Dabei unterschied man zwischen zwei Instrumenten des Institutionenaufbaus: Die langfristigen Einsätze (*Twinning*) und die kurzfristigen Aktivitäten (TAIEX), welche vornehmlich den Einsatz von Experten der öffentlichen bzw. halböffentlichen Verwaltung der Mitgliedstaaten sowie deren gleichgestellten Einrichtungen zum Ziel hatten.

Das *Twinning* Programm ist demzufolge ein Instrument der Europäischen Union zur Förderung von Partnerschaften zwischen Behörden aus den EU-Mitgliedstaaten und öffentlichen Verwaltungen von Beitrittskandidaten sowie Ländern der Europäischen Nachbarschaft.

Die *Twinning*-Projekte unterstützen vor allem den Aufbau von öffentlichen Strukturen im Einklang mit europäischer Verwaltungspraxis.²⁸ Im Rahmen eines Twinningprojektes wurden die Experten aus den Mitgliedstaaten langfristig in den jeweiligen Partnerstaat entsandt, um als LangzeitberaterInnen (*Resident Twinning Advisor / RTA*) bis zu zwei Jahre in der entsprechenden Behörde des Empfängerlandes mitzuarbeiten (*Pre-accession Advisor / PAA*). Diese langfristige Entsendung wurde stets durch einen ergänzenden und kurzfristigen Experteneinsatz begleitet.

Durch den Ministerratsbeschluss vom 9. Februar 1999 bekräftigte die österreichische Regierung die große Bedeutung einer regen Beteiligung der Dienststellen/Experten an den Twinningprogrammen für das gesamtösterreichische Interesse. Ab 2000 wurde daher im Rahmen des Twinningprogrammes zunehmend auch mit der Slowakei kooperiert. Darunter sind folgende Programme zu nennen:

- Das Bundeskanzleramt, Sektion IV, als Co-partner unter französischer Führung „*Regional development & structural funds*“
- Das Bundeskanzleramt, Sektion IV, als Projektführer beim Projekt „*Establishment of a state aid monitoring authority*“
- Das BMF, Sektion III, als Co-partner unter finnischer Führung beim Projekt „*Improvement of tax collection systems and related policies*“
- Das BMI, Sektion III, als Co-partner unter deutscher Führung beim Projekt „*Training in the field of migration and asylum*“

²⁸ Vgl. Steiner /Gruber (2000), S. 5

- Das BMI, Sektion III, als Co-partner unter französischer Führung beim Projekt „*Border management and EU-Schengen acquis*“
- Das BMJ, als Co-partner unter deutscher Führung beim Projekt „*Legal advice (judiciary, penal matters, bankruptcy and commercial law)*“
- Das BMJ als Projektführer beim Projekt „*Modernisation of courts-I*“
- Das BMJ als Projektführer, beim Projekt „*Modernisation of courts-II*“
- Das BMWA, als Co-partner unter deutscher Führung beim Projekt „*Institutional development in the field of standard and certification*“
- Das Umweltbundesamt GesmbH als Projektführung beim Projekt „*Strengthening of institutions in the air pollution field*“²⁹

²⁹ Vgl. Steiner/Gruber (2000), S. 5-6

5. Fazit

Die österreichische Ostzusammenarbeit veränderte sich im Laufe der Jahre sehr markant. Die Änderungen traten nicht nur wegen den gesammelten Erfahrungen, sondern auch wegen der schnellen politischen und ökonomischen Schwankungen, welche in der Region Ost-, Zentral- und Südeuropas in der 1990er Jahre zu verzeichnen waren, auf.

Wie zuvor festgestellt, verfolgte die österreichische Zusammenarbeit drei Ziele: das politische, das wirtschaftliche und das solidarische, welche im Laufe der 1990er Jahre in unterschiedlicher Intensität zum Tragen kamen. Vorwiegend prägten die österreichische Ostförderung in den frühen 1990er Jahre (sicherheits)politische und solidarische Ziele. Diese Tatsache zeigt sich in den Inhalten der Projekte, welche Österreich in diesem Zeitraum durchführte. Die Stabilisierung der direkt benachbarten Regionen durch die Förderung der Beschäftigung, die in Folge des Zusammenbruches der Vollbeschäftigungspolitik des Kommunismus und des Zerfalls der Schwerindustrie rasant gestiegen war, lag auch im Interesse der österreichischen Republik. Dessen bewusst, dass sich Krisen nie an die Nationalgrenzen halten und sich auf die unbestimmte Gebiete ausdehnen, wählte die Republik Österreich die Präventionspolitik. Dadurch konnte sie vor Ort besser reagieren und war nicht nur dazu gezwungen „zu Hause“ die Effekte der Transformation des ehemaligen kommunistischen Blocks abzuschwächen. In den ersten Monaten nach der Wende stellte die Beschäftigungs-, Gesundheits-, Umwelt- und Energiekrise eine große Gefahr für die Transformationsländer, da sie ihre bis zum Wende bestehenden machtpolitischen und wirtschaftlichen Strukturen aufgeben hatten, und einen ungewissen Weg der Umstrukturierung einschlugen.

Im Fall der Slowakei führte die Republik Österreich mehrere Programme vor Ort durch, um die regionale Beschäftigungskrise zu abzufangen.³⁰ Beispiele solcher Unterstützung sind die oben erwähnten vielseitigen Programme wie „ZTS-Arbeitsstiftung Martin“ (1993,1994, 1995), „Beschäftigung Rimavská Sobota“ (1994, 1995), „Beratungs- und Informationszentrum für Unternehmensgründungen in Poprad, Nitra und Martin“ (1993) oder auch die Projekte der Tourismusentwicklung in der Slowakei (1993, 1994). Die Programme zielten vor allem darauf, die Gefahr der

³⁰ Beschäftigungskrisen sind oft mit der unkontrollierten illegalen Migration in den anderen Ländern verbunden.

rasant ansteigenden Arbeitslosigkeit und der damit auch verbundenen tiefen **Verelendung** der slowakischen Gesellschaft zu minimieren. Darüber hinaus war für Österreich auch die Prävention der Umweltkrise immer ein großes Thema, was Ende der 1990er Jahre im Programm der Förderung der Slowakei stärker zum Vorschein kam. Die Projekte „Computer für Energieberater“ (1994) und „Regionales Innovationszentrum Donauland“ (1994) waren einige der ersten Programme der Zusammenarbeit im Sektor Umwelt und Energie zwischen Österreich und der Slowakei.

Nach der wirtschaftlichen Stabilisierung Mitteleuropas, welche Mitte der 1990er zum Teil gelang, änderte sich auch der Charakter der österreichischen Ostförderung für Mitteleuropa. In dieser Zeit stieg die Bedeutung des wirtschaftlichen Faktors, was allmählich die Struktur der Zusammenarbeit bedeutsam zu prägen begann. In diesem Zeitraum ist ebenso der Anstieg von Exportkrediten und den erteilten Grants zu beobachten. Die Slowakei war jedoch ein besonderer Fall, da sie sich nach der friedlichen Trennung von Tschechien in einer ungewissen Lage befand und wegen des politischen Umgangs mit den in der Slowakei lebenden Minderheitsgruppen³¹ (Menschenrechteverletzungen), als auch aufgrund der Politik der Regierung Mečiar wiederholt internationaler Kritik ausgesetzt war. Die Sorge um den Nachbarn und dessen oft als nationalistisch und autokratisch bezeichneten Regierungsform ist im Programm der österreichischen Ostförderung zu erkennen. Österreich veranstaltete mehrere Seminaren, Fora und Konferenzen, welche den Zweck dienten, die Demokratie der Transformationsländer (insbesondere den Nachbarstaaten) zu befestigen. Auch die Vermittlung eines Verständnisses für die Marktwirtschaft war sehr wichtig, da man für gewöhnlich annimmt, dass es einen starken Zusammenhang zwischen Demokratie und Marktwirtschaft gebe. Als Beispiel für ein solches Vorgehen ist die Förderung der *Academia Istropolitana Nova* (1994, 1997, 1998, 1999) zu sehen, aber auch die Einrichtung des *Know-How-Transfer Center* beim Österreichischen Städtebund (gegründet im Jahr 1992) oder auch das wirtschaftspolitische Consulting (1992).

In den späten 1990er und ersten 2000er Jahren war die österreichische Zusammenarbeit mit den MOEL Staaten stark geprägt durch die Programme der Europäischen Union. Nach 2000 wurde mit der Slowakei ausschließlich im Rahmen

³¹ Insbesondere ginge es um Ungarn und Roma

der Twinning Programme zusammengearbeitet. Das oberste Ziel war der möglichst reibungsloser Beitritt von MOEL Staaten zur EU und dessen Verwirklichung.

Im Prinzip wurde die österreichische Ostzusammenarbeit (auch diese mit der Slowakei) von Anfang als sehr wichtig angesehen. Die Hoffnung auf eine dauerhafte Zusammenarbeit mit dem Ostblock war groß. Deswegen erschien es sehr bedeutungsvoll, die Transformationsländer zu unterstützen und die „guten“ Veränderungen ³² in diesen Ländern zu fördern, damit sie die Probleme des wirtschaftlichen und politischen Übergangs überwinden konnten.

³² Im Sinne von demokratischen Veränderungen

Bibliographie

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung: <http://www.ebrd.com/home>, abgerufen: 15.07.2015

Federal Ministry for Foreign Affairs, Bilateral Assistance Programme for the Central and Eastern Europe Countries (CEEC) and the Newly Independent States (NIS), Strategy Paper-2000/2001, September 2000

Know-how-Transfer-Center: Kommunales Spezialwissen für Zentral- und Südosteuropa: <http://www.staedtebund.gv.at/gemeindezeitung/oegz-beitraege/oegz-beitraege-details/artikel/know-how-transfer-center-kommunales-spezialwissen-fuer-zentral-und-suedosteuropa.html>, abgerufen 1.2. 2016

Lorenz, Andreas (2006): Die öffentliche Ostförderung Österreichs. In: Gomes, Bea de Abreu Fiahlo/Maral-Hanak, Irmi/Schicho, Walter (Hg.) (2006): Entwicklungszusammenarbeit – Akteure, Handlungsmuster und Interessen. Wien: Mandelbaum, 145-165

Rosar, Sascha (2002): „Bedeutende Maßnahmen“ In: Academia Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Religion und Kultur 2002/2

Sonderrichtlinien des Bundeskanzleramtes für die Gewährung von Förderung in den Zentral- und Osteuropäischen Reformstaaten und den neuen Unabhängigen Staaten, Erlassen im Juni 1994.

Steiner, Klaus/Gruber, Reinhold (2000): Unterstützungsmaßnahmen Österreichs in der Slowakei, Juni 2000

Slowakei: <http://www.slowakei.com>

Vodička, Karel (2004): Die Teilung der Tschechoslowakei. In: Österreichische Osthefte 46/1-2, pp. 5-20.

Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Kooperation Academia Istropolitana Bratislava- Verwaltungsakademie des Bundes 1994“, 1993

Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Beratungs- und Informationszentrum für Unternehmensgründungen in Nitra, 1993

Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Beratungs- und Informationszentrum für Unternehmensgründungen in Martin“, 1993

Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Tourismusentwicklungskonzept für die Republik Slowakei“, 1993

Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Beratungs- und Informationszentrum für Unternehmensgründungen in Poprad“, 1993

Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; CSFR, „Spitalentwicklungskonzept Preßburg“, 1992

Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Beratung bei der Entwicklung und Umsetzung eines Programms zur Beschäftigungsentwicklung in der Region Rimavska Sobota“, 1993

Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Regionales Innovationszentrum Donauland“, 1994

Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „ZTS- Arbeitsstiftung Martin“, 1993

Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Wirtschaftliches Consulting Österreichs für Osteuropa, 1992

Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Computer für Energieberater“, 1994

Vortrag an den Ministerrat, Bilaterale Osthilfe; Slowakei; „Tourismusentwicklungsprogramm hohe Tatra“, 1994

Abkürzungsverzeichnis:

BKA	Bundeskanzleramtes
BMBWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
ČSFR	Tschechische und Slowakische Föderative Republik
CEEC-LOGON	Local Governments Network of Central and Eastern European Countries
DAC	Development Assistance Committee
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
EG	Europäische Gemeinschaft
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
EU	Europäisch Union
MOEL	Mittel- und Osteuropäische Staaten
NUS	Neue Unabhängige Staaten
KTC	Know-How-Transfer Centre
OA	Official Aid
OOA	Other Official Assistance
OZA	Ostzusammenarbeit
PHARE	Poland and Hungary: Assistance for Restructuring their Economies
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
TAIEX	Technical Assistance and Information Exchange